Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 27 (1948)
Heft: 5

Artikel: Deutsche Universitäten
Autor: Müller, Karl H.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335980

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

KARL H. MÜLLER

Deutsche Universitäten

Berlin, April 1948.

Von den 23 Universitäten, die Deutschland vor dem Kriege besaß, sind zwei verlorengegangen (Königsberg und Breslau); eine, die in Gießen, wurde zur Fachhochschule reduziert, eine neue entstand in Mainz. Rund 10 000 Vorlesungen und Semester werden an diesen 21 Universitäten gehalten, gegenüber etwa 15 000 vor dem Kriege. Inhaltlich bewegen sich die Vorlesungen fast völlig im Rahmen von vor 1933 (die neue Entwicklung, die sich in der Ostzone anbahnt, wird noch besonders behandelt), worin, wenn nicht Lethargie, so doch Mangel an Souveränität und Mut deutlich zum Ausdruck kommt. Den großen Problemen unserer Zeit und auch den besonderen deutschen wird geflissentlich aus dem Wege gegangen. Die wenigen und keineswegs revolutionären Ausnahmen lassen sich in einigen Zeilen aufzählen. In Frankfurt wird über «Staats- und Rechtsauffassung des Nationalsozialismus» und «Geschichte der russischen Revolution bis zum Tode Lenins» gelesen, in Hamburg über «Kollektivismus, Sozialismus und Demokratie», in Göttingen über «Geschichte des Sozialismus» und «Karl Marx», in Bonn über «Gesellschaftliche Klassen und Stände», in Heidelberg über «Demokratie und Sozialismus», in Marburg über «Gegenwartsfragen der Politik», in Erlangen über «Vorgeschichte des ersten Weltkrieges». Sowohl Rechtswissenschaft wie Philosophie halten sich starr an den traditionellen Lehrbetrieb, bei letzterer wären lediglich einige Vorlesungen über Existenzialismus zu erwähnen. Als nicht unwichtiges Kuriosum sei vermerkt, daß in der theologischen Fakultät Münster ein Kolleg über «Deutsche Außenpolitik und Innenpolitik vom Locarno-Pakt bis zum zweiten Kabinett Brüning 1925 bis 1932» und in der katholischen Fakultät Bonn eines über das «Verhältnis von Kirche und Proletariat» gehalten wird. Hier ist eine im heutgen Deutschland ungewöhnliche Zielbewußtheit zu erkennen, die sich übrigens auch auf fast alle andern Lebensgebiete erstreckt.

Weiteren Aufschluß über die gegenwärtigen Tendenzen des deutschen Universitätsstudiums vermittelt ein Blick in die (allerdings unvollständige) Liste der Dissertationen. Mit mehr als der Hälfte aller Dissertationen liegen die Mediziner an der Spitze, in weitem Abstand folgt die Tierheilkunde mit rund einem Fünftel, dann erst kommen die Naturwissenschafter, die Techniker, die Juristen usw. Die behandelten Themen sind in allen Fächern durchaus konservativ, man möchte fast sagen: antiquiert. Hervorstechende Beispiele sind «Die Typhusepidemie in der Festung Torgau 1813–1814», «Die persönlichen Beziehungen Richard Wagners zu Ungarn», «Die Frauengestalten Fontanes», «Vernunftsideal und Staatsraison bei Friedrich dem Großen» oder «Das Erbhofzubehör». Bei der Beurteilung dieser Zustände dürfen natürlich die ungeheuren materiellen Schwierigkeiten nicht übersehen werden, auf die das Universitätsstudium heute in Deutschland stößt. Ungenügende Räumlichkeiten, fehlende Lehrmittel, schlechte Ernährungs- und Wohnverhältnisse, das alles erschwert ein intensives Studium ungemein.

Die Zahl der Studierenden ist im Vergleich mit der Vorkriegszeit im großen und ganzen gleich geblieben: rund 105 000 (einschließlich der Hochschulen), davon etwa

20 Prozent Studentinnen und etwa 10 Prozent Ausländer. Beachtlich sind die regionalen Veränderungen (in Klammern die Zahlen von 1927–1928): München 9400 Studierende (6600), Erlangen 5300 (1400), Göttingen 5200 (3000), Mainz 5200 (–), Frankfurt 4600 (3300), Heidelberg 4400 (2200), Hamburg 4000 (2400), Tübingen 3500 (2400), Münster 3500 (2800), Köln 3500 (4500), Berlin 3300 (11 000), Leipzig 1100 (5000), Halle 840 (1900), Greifswald 650 (1100), Rostock 600 (1000) usw. Die deutliche Verlagerung des Schwergewichts des deutschen Universitätsbetriebes nach Westdeutschland hat dort begreiflicherweise zu lebhaften Erörterungen darüber geführt, ob es ratsam sei, einen Überfluß an Akademikern heranzubilden und damit die in Deutschland so bekannte Gefahr eines akademischen Proletariats erneut heraufzubeschwören. Der Rektor der Technischen Hochschule in Karlsruhe hat kürzlich hierzu Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß gegenwärtig in Deutschland auf 10 000 Einwohner etwa 16 Studenten aller Richtungen und Fakultäten kommen, gegenüber 40 in der Schweiz, 20 in Schweden und 80 bis 100 in den USA. Wenn auch diese Argumentation wegen der besonderen Nachkriegslage Deutschlands, insbesondere der fortschreitenden Proletarisierung breitester Schichten, nicht ohne weiteres zu einer Ausdehnung des Hochschulstudium ermutigen kann, so gibt es doch eine Reihe weiterer Faktoren, die zumindest gegen eine Beschränkung des jetzigen Studiumumfanges sprechen. Nicht nur der Krieg, sondern auch die, obgleich nur ungenügend durchgeführte, Entnazifizierung hat tiefe Lücken gerade in den akademischen Berufen aufgerissen. Vor allem ist das Lehrpersonal hoffnungslos überaltert, woraus sich in fünf bis zehn Jahren eine schwere Krise im gesamten deutschen Universitätswesen ergeben kann. Hinzukommt, daß die Mehrzahl der heutigen Studierenden eine sehr ungenügende Vorbildung besitzt, die nur die fleißigsten unter ihnen jemals werden aufholen können. Ein gewisses Maß an Konkurrenz erscheint daher von nöten, will man ein weiteres Absinken des Niveaus verhindern. Im übrigen ist zwar der Andrang zum Studium sehr groß (mehr als die Hälfte der Bewerber muß abgewiesen werden), aber die Promotionen betragen nur noch rund einen Viertel des einstigen Durchschnitts, wobei auch die Verschiebung im Verhältnis von Universitäts- zu Fachhochschulpromotionen – 6 : 1 gegen früher 15 : 1 – bezeichnend ist.

Außerordentliche Schwierigkeiten ergeben sich naturgemäß bei der gerechten Handhabung des Zulassungsverfahrens zum Studium. Im allgemeinen hat man den Eindruck, daß in Westdeutschland doch schon ein erfreulicher Wandel in der sozialen Gliederung der Studentenschaft eingetreten ist, wenngleich sich auch anderseits die Anzeichen mehren, daß sich einige Universitäten wieder zu Hochburgen der Reaktion zu entwickeln beginnen. Diese sollen hier nicht namentlich aufgeführt werden, weil mir eine exakte Überprüfung der vorgebrachten Anschuldigungen bisher nicht möglich war. Es kann aber, um nur einen Fall herauszugreifen, kaum ein Zufall sein, daß beispielsweise an der Universität Erlangen 700 Studenten, darunter fünf Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses, wegen Verdachts der Fragebogenfälschung vom weiteren Studium ausgeschlossen werden mußten. Die Höhe der Zahl läßt organisiertes Vorgehen und wohl auch Förderung von höherer Stelle vermuten. Trotz vielen unbezweifelbaren Mißständen muß jedoch auch vor einem schematischen «Ausleseprozeß» gewarnt werden, wie ihn der hessische Kultusminister vor einiger Zeit vorgeschlagen hat. Danach werden die Studienbewerber

entsprechend den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten mittels Plus- und Minuspunkten bewertet. Nur die «meistbepunkteten» Bewerber werden zum Studium zugelassen. Abstammung aus einer Akademikerfamilie, eigenes Vermögen von mehr als 10 000 Mark oder Vermögen der Eltern von mehr als 20 000 Mark wird zum Beispiel mit Minuspunkten bedacht. Es zeugt von einer recht oberflächlichen Betrachtungsweise, wenn man glaubt, mit einer solchen Art von numerus clausus die deutsche Universität reformieren zu können. Eine Neugestaltung des deutschen Universitätslebens ist natürlich überfällig, läßt sich aber nicht isoliert von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung vornehmen. Das zurzeit dringendste Erfordernis besteht zweifellos darin, die zahlreichen unbemittelten Werkstudenten so zu unterstützen, daß sie gegenüber ihren pekuniär bessergestellten Kommilitonen nicht allzusehr ins Hintertreffen geraten.

Die materielle Not der deutschen Studenten ist ungeheuer. In Köln haben nur 46 Prozent der Studenten ein eigenes Zimmer, bei 32 Prozent halten sich 2 und 3, bei 20 Prozent 4 und mehr Personen im Zimmer auf. In München stehen dem einzelnen Studenten 9 Quadratmeter Wohnraum zu, in Heidelberg nur 8 Quadratmeter. In Bonn hausen 120 Studenten und 14 Studentinnen in einem früheren Luftschutzbunker in fenster- und lichtlosen Zementzellen, zweimal zwei Meter im Quadrat, ungefähr ebenso hoch, die Lagerstätten sind Holzpritschen mit Strohsäcken. Systematische Untersuchungen in Heidelberg, München, Marburg und Darmstadt haben ergeben, daß die Mehrzahl der Studenten hochgradig unterernährt ist und an stetig abnehmbarer Konzentrationsfähigkeit leidet. Nicht überall ist es ganz so schlimm, aber erheblich günstigere Verhältnisse wie zum Beispiel in Tübingen und Mainz bilden doch Ausnahmen von der Regel.

Über die innere Haltung der deutschen Studenten läßt sich zurzeit schwer etwas Allgemeingültiges aussagen, noch weniger natürlich über eine ausgesprochen politische Einstellung. Im Vordergrund des Interesses steht die Arbeit, das Weiterkommen, die möglichst rasche Beendigung des Studiums. Rund 80 Prozent aller Studenten sind ja durch den Krieg um ein bis fünf Jahre zurückgeworfen worden. Der tiefgehende soziale Gestaltwandel der deutschen Gesellschaft, der sich erst jetzt klarer abzuzeichnen beginnt, drückt auch dem Hochschulleben seinen Stempel auf. (Man denke beispielsweise nur an die totale Depossedierung des ostdeutschen Großgrundbesitzes!) Wenn es auch, wie bereits angedeutet, einige Universitäten mit mehr oder weniger starken reaktionären Tendenzen gibt, so scheint doch eine typisch deutsche Universitätstradition für immer abgeschlossen zu sein. Die «alte Burschenherrlichkeit» wenigstens gehört endgültig der Vergangenheit an. Der überwiegende Teil der deutschen Studenten von heute, wie ja die deutsche Jugend überhaupt, hängt ideologisch noch in der Luft. Er steht zwischen zwei Welten, der von gestern und der von morgen. Die von heute betrachtet er lediglich als einen Zwischenzustand, der ihm nicht nur wenig zu bieten vermag, sondern den er in seinen Grundlagen und Entwicklungstendenzen auch kaum begreifen kann. Er konzentriert sich daher fast ausschließlich auf sein Fachstudium, ist egoistisch in seinen Bestrebungen, hart im Daseinskampf, gleichgültig gegen Politik im allgemeinen und vor allem mißtrauisch gegen Parteiprogramme und ideologische Propaganda. Auffallend ist der geringe Zusammenhalt der Studenten, die Tendenz zu individueller Abkapselung, die es zu keinen bedeutenden organisatorischen Zusammenschlüssen kommen läßt. Unter den

sozialistischen Studentengruppen ist, abgesehen von Berlin, nur die in Hamburg erwähnenswert.

Bei der Betrachtung der Universitäten in der russischen Zone stellt man zunächst mit Überraschung fest, daß im Unterschied zu allen andern Lebensgebieten hier noch keine einschneidenden äußeren Veränderungen vorgenommen worden sind. Es gibt zwar ein paar Lehrstühle für dialektischen und historischen Materialismus, auch die Slawistik tritt etwas stärker hervor, aber sonst weist der Universitätsbetrieb wenigstens nach außen hin noch sein altes Gesicht auf. Es zeichnen sich aber bereits deutliche Tendenzen ab, die schon für die nächste Zeit eine gründliche Reform erwarten lassen. Offensichtlich will man zuerst die Umorganisation der Wirtschaft und der politschen Verwaltung zum Abschluß bringen. Nach allen bisherigen Erfahrungen wird die Neugestaltung des Universitätswesens in der Ostzone in einer Angleichung an das sowjetische System bestehen. Das würde natürlich das Ende der Universitas im strengen Sinne bedeuten. Aus den Stätten (relativ) freien Denkens und Erkennens würden Lehranstalten für wissenschaftlich unterrichtende Spezialisten, beziehungsweise kommunistische Parteihochschulen geformt werden. Diese Absicht ist übrigens kürzlich von dem kommunistischen Hochschulreferenten der Landesregierung Mecklenburg klar zum Ausdruck gebracht worden. In einem Vortrag über «Fragen der Hochschulreform» führte er aus, die Hochschule dürfe nicht mehrere Weltbilder nebeneinander lehren, sondern es müsse von oben herab ein einheitliches Welbild geschaffen werden, das an allen deutschen Universitäten zu lehren sei. Er kündigte ferner an, daß zu diesem Zwecke bereits 200 junge Wissenschafter in einem zweijährigen Lehrgang zu Hochschullehrern ausgebildet würden.

Viele und vor allem junge Sozialisten werden durch diese Entwicklung in einen ungeheuren Zwiespalt gestürzt. Für sie steht die Reformbedürftigkeit des bürgerlichen Universitätsbetriebes selbstredend außer Frage; die grob-schematischen Vereinfachungs- und Gleischschaltungsbestrebungen der Kommunisten sowie das Verbot einer selbständigen legalen Betätigung treiben sie aber geradezu in die Arme der bürgerlichen Opposition. Hieraus ergeben sich gerade für die Besten oftmals tragische Konflikte, aus denen sie keinen Ausweg finden. Ebenso verhält es sich in der Frage der Förderung des Arbeiterstudiums. Diese berechtigte Forderung haben die Kommunisten dazu benutzt, ein neues Klassenprivileg aufzurichten, das in Studentenkreisen den bösen Witz entstehen ließ, daß man heute eine proletarische Großmutter so nötig brauche wie gestern eine arische. Das ist übrigens übertrieben, denn die beste Empfehlung bildet das Parteibuch der SED, welches, solange die Kommunisten noch auf Stimmenfang unter der Jugend aus sind, leicht zu erlangen ist und nach den neuesten Entnazifizierungs-Richtlinien auch von ehemaligen «nominellen» Pgs. erworben werden kann. Diese planmäßige Züchtung der materiellen und ideologischen Korruption gehört zu den widerlichsten Erscheinungen im Leben der Ostzone und muß jede Hoffnung auf eine innere Wandlung der SED, die von manchen ehrlichen Kommunisten trotz allem immer noch genährt wird, zuschanden machen.

Es ist erstaunlich, daß angesichts des ungeheuren Druckes, der auch polizeiliche Maßnahmen (Verhaftungen und spurloses Verschwinden) einschließt, die Opposition der Studenten gegen das totalitäre Machtstreben der Kommunisten noch außerordentlich stark ist. So wurden bei den Studentenratswahlen in Leipzig im Dezember vorigen Jahres 11 Liberaldemokraten, 9 Christlich-Demokraten, 8 SED-

Vertreter und 2 Parteilose gewählt, an der Technischen Hochschule Dresden 4 Liberaldemokraten, 4 SED-Vertreter, 2 Christlich-Demokraten und 2 Parteilose. (In der bürgerlichen Stimmenzahl ist die in der Ostzone verbotene SPD enthalten!) Diesen Wahlergebnissen kommt allerdings keine erhebliche praktische Bedeutung zu, weil der Studentenrat nur geringe Befugnisse hat und die Verwaltung der Universitäten gänzlich in kommunistischen Händen liegt. Im übrigen sind, wie bereits oben erwähnt, die Dinge in vollem Fluß, und die kürzlich erfolgte völlige Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien der Ostzone läßt auch eine baldige «Bereinigung» dieses letzten demokratischen Rudiments erwarten.

Eine besondere Stellung nimmt die Berliner Universität ein. Da der Magistrat der Stadt Berlin der Verfassung zufolge Regierungsbefugnisse ausübt, müßte ihm normalerweise die Universität unterstellt sein. Im russischen Sektor Berlins gelegen, wurde sie jedoch seinerzeit der Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Zone angegliedert. Es ist dies einer der vielen Fälle, wo es die westlichen Alliierten, sei es durch Vertrauensseligkeit oder ungenügende Kenntnis der Verhältnisse, versäumt haben, bei der Errichtung der Viermächteverwaltung Berlins für die Herstellung klarer Rechtsverhältnisse zu sorgen. (Der Berliner Rundfunk zum Beispiel befindet sich im britischen Sektor, wird aber rein russisch verwaltet; das Polizeipräsidium befindet sich im russischen Sektor und mißachtet die Anweisungen des Magstrats usw.) Durch außerordentliche Zielstrebigkeit ist es der russischen Militärregierung gelungen, vollendete Tatsachen zu schaffen, die, wie die Dinge zurzeit liegen, kaum mehr rückgängig zu machen sind. Anfänglich konnte man noch den Eindruck gewinnen, daß es im russischen Bestreben liege, der Berliner Universität wenigstens nach außen hin ein neutrales Gesicht zu erhalten. Die Entwicklung des letzten Jahres hat aber gezeigt, daß die bereits geschilderten kommunistischen Bestrebungen in Berlin besonders konsequent verfolgt werden. Da aber hier die antikommunistische Opposition außerordentlich stark ist und auch die Möglichkeit hat, in der Presse der westlichen Sektoren zu Worte zu kommen, sind hier Spannungen und Auseinandersetzungen aufgetreten, wie sie sonst nirgends anzutreffen sind.

Schon 1946 begann der Kampf der Studenten gegen das von der Zentralverwaltung eingeleitete Zulassungsverfahren. Nach wiederholten Protesten wurde erreicht, daß in den Fragebogen die Frage nach der jetzigen Parteizugehörigkeit gestrichen wurde. Ferner gelang es nach schweren Kämpfen, ein demokratisches Wahlstatut durchzusetzen. Die kommunistische Forderung, an der Universität das Emblem der SED anzubringen, wurde von der Studententischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt. Deren Leiter, ein ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald, wurde daraufhin abgesetzt und wenig später von der russischen Polizei verhaftet. Er ist seither verschwunden. Im März 1947 wurden mehrere Studenten wegen «faschistischer Umtriebe» verhaftet; auch von ihnen fehlt bis heute jede Spur. Zahllose Anfragen der Familienangehörigen, Proteste von Parteien und Vereinigungen, Zeitungsartikel usw. sind von der russischen Militärverwaltung einfach ignoriert worden. Inzwischen sind weitere Verhaftungen erfolgt, aber die Studentenratswahlen im Dezember vorigen Jahres haben gezeigt, daß der Widerstand noch lange nicht gebrochen ist. Zwanzig Parteilosen, drei SPD-Vertretern, drei Christlich-Demokraten und einem Liberaldemokraten stehen nur zwei Kommunisten gegenüber. Und auch diese konnten nur in der neugegründeten und völlig von der SED beherrschten pädagogischen

Fakultät durchgebracht werden. In den letzten Wochen hat sich der kommunistische Druck weiter verschärft, und zum erstenmal machen sich Anzeichen einer beginnenden Resignation unter der Studentenschaft, vor allem aber unter den wenigen wirklich oppositionellen Dozenten, bemerkbar. Der Grund hierfür liegt in der wachsenden Zuspitzung der internationalen Lage, die ja in der Viermächteverwaltung Berlins besonders kraß zutage tritt.

Für die weltanschauliche Entwicklung der deutschen Jugend wirkt sich die Verschärfung des west-östlicen Gegensatzes äußerst verderblich aus. «Sie machen es ja auch nicht besser!» wird allmählich zur ständigen Redensart. Und man kann diesen jungen Menschen, denen die vielfältigen Voraussetzungen für ein wirkliches Verständnis der gegenwärtigen Situation fast völlig fehlen, nur immer wieder in Erinnerung rufen, daß die heutige deutsche Tragik ein zwangsläufiges Ergebnis der Hitlerherrschaft ist. Damit ist ihnen zwar nicht unmittelbar geholfen, aber ein einfacher Rückfall in nationalsozialistische Gedankengänge doch zumindest erschwert.

MAXIMILIEN RUBEL

Der Grundgedanke des Kommunistischen Manifestes

Im Vorwort zur Ausgabe von 1883 des Kommunistischen Manifestes, einige Monate nach Marx' Tode, schrieb Engels folgendes:

«Der durchgehende Grundgedanke des Manifestes: daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsepoche die Grundlage bildet[1] für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche; daß demgemäß (seit Auflösung des uralten Gemeinbesitzes an Grund und Boden) die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; daß dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht hat, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse (der Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien – dieser Grundgedanke gehört einzig und ausschließlich Marx an.»

In einer Fußnote bemerkt hierzu Engels, daß ihm Marx diesen Gedanken – d. h. die materialistische Geschichtsauffassung – «in fast ebenso klaren Worten» wie den oben zitierten im Frühjahr 1845 in Brüssel fertig ausge-

[1] Der grammatikalisch unstatthafte Singular scheint von Engels beabsichtigt zu sein, um die Einheitlichkeit des materiellen *Unterbaus* der Gesellschaft deutlich zu machen.